

AKTIONEN GEGEN RENTE MIT 67

Appell an Regierung

2

DIE SPITZE

Sinn statt Verstand

Unser »klügster Wirtschaftsprofessor« (findet die »Bild-Zeitung«) Hans-Werner Sinn schreibt in der »Zeit« über die »dunkle Seite des Exportbooms: Stagnation und Massenarbeitslosigkeit in der Binnenwirtschaft«. Doch nicht etwa mangelnde Kaufkraft ist das Problem. Sinn weiß es besser: Die Gewerkschaften und zu hohe Löhne haben uns in den Exportboom getrieben. Besonders »haushaltsnahe Dienstleister« wie Gärtner und Zugehfrau seien zu teuer geworden. Solch übersinnliche Weisheit braucht natürlich keine Zahlen oder schnöde internationale Vergleiche. Schauen wir Irdischen dennoch beispielsweise mal auf das auch ohne Exportrekorde blühende Dänemark und seine boomende Binnennachfrage: »Sinngemäß« kann dies keinesfalls der Verdienst der seit Jahren kräftig steigenden Löhne sein – wie Gewerkschaften behaupten. Vielmehr scheint es in Dänemark ein buntes Völkchen billiger Dienstboten, Lumpensammler und Kippenverkäufer zu geben – viel genügsamer als die von den Gewerkschaften kontrollierten, sündhaft überbezahlten Friseur, Wachleute und Kurier in Deutschland. Sinn weisagt: Niedriglöhne müssen hier her. Dann werden wir nicht mehr »Vizeschlusslicht« sein. Was es wohl braucht, ihm in solche übersinnliche Sphären zu folgen? Sinn statt Verstand.

In den Betrieben brodelt es. Zehntausende Beschäftigte haben in den vergangenen Tagen gegen die geplante längere Lebensarbeitszeit protestiert.

Diese Woche ging es weiter mit den Aktionen, auch die Beschäftigten in den großen Automobilbetrieben standen auf. Allein bei Opel in Rüsselsheim protestierten am 30. Januar 4000 Beschäftigte der Frühschicht. Jürgen Peters, Erster Vorsitzender der IG Metall, unterstützte die Metallerrinnen und Metalller: »Die Ignoranz der Großen Koalition treibt die Menschen auf die Straße. Ich appelliere an die Bundesregierung, diesen Unmut nicht zu überhören.«

Währenddessen steigt der Druck auf die Koalition. Zumal auch sämtliche Umfragen der IG Metall der geplanten Rentenreform eine vernichtende Absage erteilen: In Nordrhein-Westfalen lehnen

97 Prozent der Befragten die Rente mit 67 ab, im Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen sind es 95,7 Prozent.

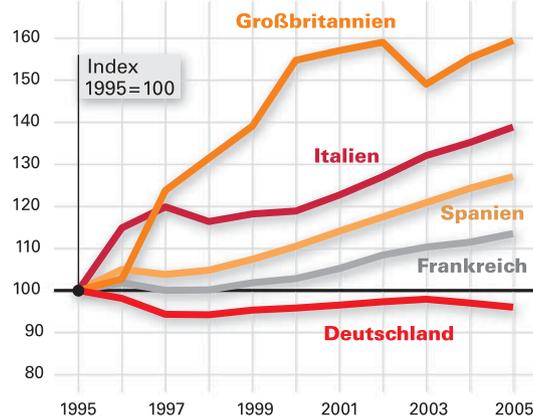
Die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag hat die Landesregierung inzwischen auch zu einer Gesetzesinitiative im Bundesrat aufgefordert. Sie soll die Altersteilzeit fortsetzen. Ansonsten, heißt es in der Begründung, drohen »massive finanzielle Einbußen am Lebensabend«.

Die IG Metall fordert einen flexiblen Zugang zur Rente auch vor 65, eine Verlängerung des Altersteilzeitgesetzes sowie die schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Am 1. März steht im Bundestag die zweite und dritte Lesung des Gesetzes an, die abschließende Behandlung im Bundesrat ist auf den 30. März terminiert.

LOHNKOSTEN: 10 JAHRE KONSTANT

Seit 1995 entwickelten sich die Lohnstückkosten in...



Berechnung auf Euro/Euro-Basis und auf Basis von Personen, Quelle: Eurostat, Berechnung IMK 2006, © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Deutschlands Arbeitskosten liegen im europäischen Mittelfeld, so das Ergebnis einer Studie des Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung.

Inhalt

TARIFRUNDE:
Erwartungen bei Holz und Kunststoff
SEITE 2:

PROPAGANDA:
Wie die Rente kaputt geschrieben wird
SEITE 3:

ZEITARBEIT:
Wichtige Ansprechpartner
SEITE 4

SELBSTVERWALTUNG:
Große Koalition will weniger
SEITE 5

STICHWORT:
Investivlohn
SEITE 6

ARBEIT UND RECHT:
Pflegeversicherung
SEITE 7

INFOS UND TIPPS
SEITE 8

direkt gefragt:

Nicht nur in der Metallindustrie steht eine spannende Tarifrunde an. Auch in der Holz- und Kunststoffindustrie wird um höhere Löhne und Gehälter verhandelt.

Mit welchen Erwartungen geht ihr in die Tarifrunde Holz und Kunststoff?

»Lange Zeit hat das Geschäft mit der Angst funktioniert. Die Beschäftigten haben viel geschluckt. Aber jetzt ist das Maß voll. Seit 1998 haben wir keinen Lohnzuwachs gehabt. Und bei der Arbeitszeit sind wir so flexibel, wie es nur geht. Ich bin sehr optimistisch, dass die Kollegen für ihre Forderungen auch vors Tor gehen. Schon vor der Tarifrunde ist es uns gelungen, 25 neue Mitglieder zu gewinnen – die Beschäftigten sehen, dass sie die IG Metall brauchen.«

Olaf Wolpers, BR-Vorsitzender, Hüppe, Bad Zwischenahn

»Die wirtschaftliche Lage unseres Werks ist hervorragend. Innerhalb des Konzerns sind wir am produktivsten und machen die höchsten Gewinne. Aber mehr Bezahlung? Das ist nicht drin, heißt es. Wir fordern, dass endlich das Tarifgefälle zwischen West und Ost aufgehoben wird. Die Kollegen wollen sich diese Ungerechtigkeit nicht länger gefallen lassen. Wir werden uns in die Tarifrunde richtig reinknien – die Bereitschaft dazu ist riesig.«

Detleff Bill, Betriebsratsvorsitzender, Glunz, Nettgau/Sachsen-Anhalt

»Seit Mitte vergangenen Jahres machen wir ständig Überstunden, weil wirklich sehr viel zu tun ist. Die Situation der Firma hat sich gegenüber den Vorjahren sehr verbessert. Es wird wieder mehr investiert – das ist auch bei Büromöbeln deutlich spürbar. An dem Aufschwung will die Belegschaft natürlich beteiligt werden. Als Alleinerziehende weiß ich, wie dringend die Beschäftigten mehr Geld im Portmonee brauchen.«

Marianne Wippe, Näherin, Wilkhahn, Bad Münder

»Wir waren in den vergangenen Jahren die Stiefkinder der Konjunktur. Deshalb haben wir viel Nachholbedarf. Nach langer Zeit der Lohnzurückhaltung wollen wir endlich auch etwas vom Rahm abschöpfen. Deshalb wird unsere Forderung ähnlich hoch sein wie in der Metall- und Elektroindustrie. Die Gelegenheit ist gut, da die Wirtschaft boomt. Die Auslastung ist ausgezeichnet, und wir sind sehr gut beschäftigt.«

Klaus Lippoth, Betriebsratsvorsitzender, Nolte, Gernersheim

»Wegen interner Probleme in der Firmengruppe steht unser Werk im Moment nicht so gut da. Wir sind ein Zulieferbetrieb und sind stark abhängig von den Forderungen unserer Kunden. Häufig werden die Löhne mit Verspätung gezahlt. Aus diesem Grund ist die Belegschaft doch sehr verärgert. Auch wenn sich fast alle Kollegen Sorgen um ihre Arbeitsplätze machen, werden sie bestimmt an Aktionen in der Tarifrunde teilnehmen. Die Leute haben einfach die Nase voll.«

Goldie Kupris, stellv. BR-Vorsitzende, Pur Profile, Recke

HOLZ UND KUNSTSTOFF

»Alles wird teurer! Wir auch!«

Am 6. Februar empfiehlt der IG Metall-Vorstand nicht nur die Tarifforderungen für die Metallindustrie, sondern auch für die Holz- und Kunststoffindustrie.

Das Holzgewerbe lebt von der Inlandsnachfrage. Im vergangenen Jahr sorgte die nach 10 mageren Jahren wieder starke Baukonjunktur dafür, dass die Nachfrage nach Fertigbauteilen, Bauplatten, Fenstern und Türen stark zunahm.

Aber auch die Zulieferer der Möbelindustrie verbuchten ein deutliches Plus bei den Auftrags-eingängen. 2006 lag das durchschnittliche Wachstum in der Holzbranche bei 9 Prozent. Das war der höchste Wert seit der Wiedervereinigung. Spitzenreiter waren die Sägewerke mit einem Umsatzplus von mehr als 15 Prozent.

Die Produktivität legte 2006 um 4 Prozent zu. Die Stundenlöhne sind dagegen seit Jahren rückläufig (2006: minus 1,7 Prozent). Die beiden Faktoren führten dazu, dass die Lohnstückkosten 2006 um 5,5 Prozent schrumpften. Die Löhne fallen bei den Gesamtkosten immer weniger ins Gewicht.

So ist der Lohnanteil am Umsatz in der Möbelindustrie mit 16,5 Prozent genauso niedrig wie in der Metallindustrie.

Die Löhne hinken seit Jahren hinter denen anderer Industriebranchen her. Verglichen mit dem Jahr 2000 hat ein durchschnittlicher Industriearbeiter heute im Monat 382 Euro mehr in der Tasche, ein Holzarbeiter nur 115 Euro.

Am 19. Januar versammelten sich rund 800 Holz-Beschäftigte auf dem Kölner Messegelände, um für höhere Löhne zu demonstrieren. Dort war gerade die Internationale Möbelmesse. Auf einem Transparent stand: »Alles wird teurer! Wir auch!« Die Unternehmen könnten es verkraften. Denn die Aussichten für dieses Jahr sind nicht schlecht. Das Ifo-Institut rechnet mit 2,5 Prozent Wachstum.

Tariffahrplan

- ▶ 6. Februar: IG Metall-Vorstand empfiehlt Tarifforderungen.
- ▶ 26. Februar: IG Metall-Vorstand beschließt Tarifforderungen.
- ▶ April: Verhandlungen beginnen.

TEXTIL

Auftakt im Osten

5 Prozent mehr Geld fordert die Tariff Kommission für die rund 17000 Beschäftigten in der ost-deutschen Textilindustrie. Außerdem: mehr Qualifizierung und Verlängerung des Altersteilzeit-Tarifvertrags. Am 6. Februar beschließt der Vorstand die Forderungen. Die Verhandlungen beginnen am 27. Februar in Chemnitz. Die Friedenspflicht endet am 31. März. In Westdeutschland wird erst wieder Anfang 2008 verhandelt.

MINDESTLOHN

CDU blockiert

Nach wie vor gibt es keine Annäherung der Koalitionspartner beim Thema Mindestlohn. Arbeitsminister Franz Müntefering spricht sich für die Ausdehnung des Mindestlohns auf weitere Branchen – nach dem Vorbild des Entsendegesetzes beim Bau – aus. Die Union blockiert bisher eine gesetzliche Regelung des Mindestlohns aus ideologischen Gründen. Im März will der Koalitionsausschuss erneut über den Mindestlohn tagen.

IMPRESSUM

direkt · Der Infodienst der IG Metall
Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler
IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main
Redaktionsleiter: Werner Hoffmann (verantw. i. S. d. P.), Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonella Pelivan, Gabriele Prein; Gestaltung: Gudrun Wichelhaus; Bildredaktion: Michael Schinke
Vertrieb: Reinhold Weißmann, Tel.: 0 69/66 93-22 24, Fax: 0 69/66 93-25 38, vertrieb@igmetall.de; Druck: apm AG, Darmstadt
Anzeigen: Patricia Schledz, Tel.: 0 6151/8127-0, Fax 0 6151/80 93 98, schledz@zweiplus.de
direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt
TELEFON DER REDAKTION: 0 69/66 93-2633 · FAX: 0 69/66 93-20 02 · DIREKT@IGMETALL.DE
Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten

Gebräu aus Lügen und Halbwahrheiten

Die »Bild«-Zeitung hat sich auf die gesetzliche Rente eingeschossen. »Alte kassieren! Junge zahlen nur drauf! Retten Sie jetzt ihre Rente!« So und ähnlich titelt »Bild« in ihrer Kampagne gegen die gesetzliche Rente. Mit einer »Schock-Tabelle« des Wirtschaftsprofessors Peter Oberender präsentiert das Blatt Berechnungen, die belegen sollen: »Wer jünger ist als 45, zahlt drauf.«

Der Vorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder durfte in der »Bild« behaupten: »Langfristig müssen sich die Jungen darauf einstellen, noch länger zu arbeiten. Die Rente mit 70 wird kommen.«

Die Panikmache mit der angeblichen Minus-Rente hat Kalkül. Dahinter stehen Interessen der Versicherungswirtschaft, die mit privater Altersvorsorge ihren Reibach machen will. Und auch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) kocht bei der Kampagne ihr eigenes Süppchen. Die Botschaft der Propaganda:

- ▶ Das System der gesetzlichen Rente ist am Ende.
- ▶ Wer nicht zusätzlich privat vorsorgt, wird im Alter verarmen.
- ▶ Die Jungen sind die Dummen, sie bekommen weniger raus, als sie eingezahlt haben.

Grundlage der »Schockstudie« von Oberender sind jedoch fragwürdige Hochrechnungen. Denn keiner weiß, wie Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit und Zinssätze in Zukunft aussehen. Experten kritisieren, in der Studie würden die Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung in einen Topf geworfen und falsche Schlüsse daraus gezogen.

Lobbyarbeit für die INSM

Hinter dem Gebräu aus Lügen und Halbwahrheiten in der »Bild« steckt die Lobbyarbeit von Arbeitgeberverbänden. Der Autor der Studie, Peter Oberender, ist im Hauptberuf staatlich bezahlter Professor an der Universität Bayreuth. Daneben ist er jedoch auch Unternehmensberater, schreibt Gutachten für die Versicherungswirtschaft und gehört zur Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

Die INSM ist bekanntermaßen ein PR-Institut, das von den Arbeitgebern der Metallbranche finanziert wird. Die INSM versteht sich als Wegbereiter einer radikalen neoliberalen Politik. Sie wird von Gesamtmetall und den Wirtschaftsverbänden der Eisen- und Elektroindustrie jährlich mit 10 Millionen Euro gesponsort, um eine arbeitgeberfreundliche Politik durchzusetzen. Dabei bedient sie sich so genannter Multiplikatoren, um ihre Botschaften in der Öffentlichkeit publik zu machen. Einer dieser Handlanger ist Oberender, der bisher als »Gesundheitsexperte« in Erscheinung getreten ist. Nun beackert Oberender im Dienst der INSM auch das Thema Rente.

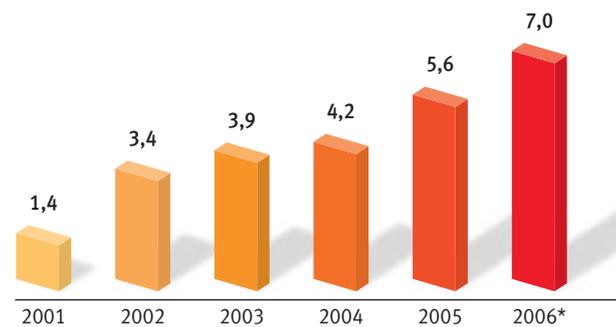
Versteckte Werbung

»Alles spricht dafür, dass die »Bild«-Kampagne den Verkauf privater Rentenversicherungen ankurbeln soll.« Zu dieser Erkenntnis kommen kritische Online-Foren wie »Bildblog« und die »Nachdenkseiten«. Mit ihrer Kampagne treibt die »Bild« verunsicherte Bürger in die Hände der Versicherungsbranche. Denn in den Artikeln der Boulevardzeitung wird intensiv für Riester-Verträge geworben, wie sie etwa die Allianz-Versicherung anbietet.

Der Autor der »Bild«-Serie und Chef des Wirtschaftressorts, Oliver

IMMER MEHR VERTRÄGE

So verdienen Banken und Versicherungen an der Riester-Rente – Riester-Verträge (in Millionen)



Quelle: BMAS; *bis 30.09.2006

Jahr für Jahr steigt die Anzahl der Verträge für die Riester-Rente. Die hysterische »Bild«-Kampagne zur Altersvorsorge spült den Anbietern von privaten Rentenversicherungen noch mehr Geld in die Kassen.

Santen, war von 2000 bis 2004 Pressesprecher bei der Allianz. Klickt man durch den Internetauftritt der »Bild« stößt man immer wieder auf Anzeigen für Allianz-Riester-Produkte. Es geht also nicht um Information der Leser, sondern vorrangig um die Privatisierung sozialer Risiken. Gewinner sind Arbeitgeber und private Finanzdienstleister. Mehr Infos zur »Bild«-Kampagne: www.bildblog.de, www.nachdenkseiten.de, www.lobbycontrol.de

▶ Als Alternative zur Rente mit 67 präsentieren DGB, Sozialverband Deutschland und Volkssolidarität das Konzept für eine Erwerbstätigenversicherung. Die Broschüre zum Herunterladen unter: www.extranet.igmetall.de ▶ Themen ▶ Soziales ▶ Erwerbstätigenversicherung

Extranet

Informationen zur geplanten Rentenreform

Das Extranet bietet Hintergründe zur »Bild«-Kampagne, der geplanten Rentenreform und den betrieblichen Proteste gegen die Rente mit 67.

Vom 22. Januar bis zum 2. Februar gab es Aktionen in allen Bezirken gegen die geplanten Änderungen. Das Extranet, dem Online-Netz für Aktive der IG Metall, berichtet täglich über die Aktionen.

Außerdem: Eine Broschüre, die es auf dem Extranet zum Herunterladen gibt, liefert Gegenargumen-

te zu 12 Behauptungen gegen die gesetzliche Rente.

Das Extranet bietet darüber hinaus Broschüren, Zeitungsartikel, Bürgerinfos, Falt- und Flugblätter, Fragebögen, Logos, Cartoons, Plakate, Präsentationen, Reden und Redebausteine – zum Lesen oder zum Herunterladen.

Zahlreiche Informationen stehen auch zu den Themen Arbeitnehmerrechte, Gesundheitsreform, Hartz IV sowie der Unternehmenssteuerreform 67 bereit.

▶ Extranet: Das Extranet bietet einen täglichen Infodienst. Dieser Dienst der IG Metall weist auf Neuigkeiten hin, empfiehlt interessante Presseartikel, liefert eine Infografik, stellt neue Rechtsentscheidungen vor und enthält außerdem einen Servicetipp.

Extranet: extranet.igmetall.de
Erstanmeldung: extranet.igmetall.de/erstanmeldung

Betriebsräte sind wichtige Ansprechpartner

FÜR MÄNNER VOM FACH

Unter den Leiharbeitnehmern (oder Zeitarbeitnehmern) überwiegen die Männer. Entgegen gängigen Vorstellungen sind die meisten von ihnen inzwischen qualifizierte Fachkräfte. Über 4 Prozent sind sogar Hochschulabsolventen. Nur gut 20 Prozent sind gering Qualifizierte.



Quelle: IAB 2006,
© Hans-Böckler-Stiftung 2006

Tarifrunde 2007: Am 23. Januar war die 1. Verhandlung zwischen der Interessengemeinschaft Zeitarbeit (IGZ) und der DGB-Tarifgemeinschaft über Entgelterhöhungen. Gefordert werden eine tabellenwirksame Vorabanhebung um 60 Euro und für Januar bis Dezember 5 Prozent mehr Geld. Die Gespräche sollen am 6. und 27. März weitergehen.

Die Zeiten, in denen Zeitarbeitnehmer nur für Ausnahmesituationen angeheuert wurden, sind vorbei. In vielen Firmen sind sie permanent im Einsatz, viele auf Dauerarbeitsplätzen. Darunter leiden nicht nur die Zeitarbeiter selbst, deren Löhne und Arbeitsbedingungen sie zu Beschäftigten 2. Klasse machen.

Informationen rund um die Zeitarbeit

► www.igmetall-zoom.de: Die IG Metall hat als einzige Gewerkschaft in Europa eine Homepage für Zeitarbeitnehmer eingerichtet. Dort sind unter anderem zu finden: Materialien, Tarifverträge und ein Forum. Zoom vor Ort informiert über Verwaltungsstellen, in denen

Arbeitskreise und Projekte bestehen.

► extranet.igmetall.de: Auf der Seite für Funktionäre der IG Metall (►Themen ►Arbeit ►Projekt »Gute Arbeit«) gibt es die Broschüre »Prekäre Arbeit. Neue Herausforderungen für die Interessenvertretung«.

Darunter leiden auch die Stammebelegschaften, die verschärftem Lohn- und Leistungsdruck ausgesetzt sind. Wenn ein immer größerer Teil der Belegschaft nur befristet im Betrieb ist und die Tarifverträge für sie nicht gelten, wird es immer schwieriger, Tarifverträge und leistungsgerechte Entlohnung durchzusetzen und soziale Standards zu erhalten. Die Belegschaften werden verunsichert. Fest Angestellte fürchten, bald die Nächsten zu sein, die entlassen werden und als Leiharbeiter zurückkehren. Das schwächt die gewerkschaftliche Kampfkraft.

Spaltung verhindern

In einer Reihe von IG Metall-Verwaltungsstellen gibt es inzwischen Arbeitskreise, zum Beispiel in Augsburg, Berlin, Bielefeld, Hannover und Leipzig. Ziel: der Spaltung der Belegschaften in Arbeitnehmer 1. und 2. Klasse entgegenzuwirken. Sie wollen Zeitarbeitnehmer besser informieren, sie unterstützen und beraten sowie ihnen Ansprechpartner im Kundenbetrieb nennen. Außerdem helfen sie Betriebsräten dabei, Zeitarbeitnehmer (besser) anzusprechen und betriebliche Betreuungsstrukturen aufzubauen.

► Im Gespräch

CHRISTIAN IWAMOWSKI

Projekt Zeitarbeit der IG Metall Bielefeld

?direkt: Warum werden immer mehr feste Stellen mit Zeitarbeitern besetzt?

► Iwanowski: Bei einfachen Tätigkeiten ist das Motiv: Flucht aus dem Tarifvertrag, Lohndumping, durch Mischkalkulation Kostenvorteile erzielen. Bei großen Auftragschwankungen steht das Just-in-Time-Prinzip im Vordergrund: Das Personal wird der Auftragslage angepasst, unter Umgehung des Kündigungsschutzes.

?direkt: In eurem Projekt berätet ihr Betriebsräte im Umgang mit Leiharbeitern. Worum geht's da?

► Iwanowski: Unser Ziel ist es, dass sie sie genauso betreuen wie die Stammebelegschaften. Sie sollen ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen, die sie zum Beispiel nach § 99 Betriebsverfassungsgesetz, bei Einstellungen haben. Und mit Argusaugen darüber wachen, dass die Arbeitssicherheitsvorschriften eingehalten werden. Sie sollten dem Arbeitgeber das Leben so schwer machen, dass er bereit ist, eine Betriebsvereinbarung abzuschließen. Wo wir so etwas hinbekommen, ist das Verhältnis zwischen Stammebelegschaften und Leiharbeitnehmern meist erheblich entspannter.

?direkt: Was soll in einer solchen Vereinbarung drin stehen?

► Iwanowski: Am wichtigsten ist, dass der Betriebsrat sich vorher darüber im Klaren ist, welche Rolle Zeitarbeit in seinem Betrieb spielt. Unter welchen Bedingungen er sie akzeptieren will. Es gibt Vereinbarungen, in denen Quoten festgeschrieben sind. Oder feste Kopffzahlen. Oder dass Zeitarbeit nur in bestimmten Arbeitsbereichen zugelassen ist. Weitere Regelungspunkte sind, wie lange sie bleiben – um zu verhindern, dass Dauerarbeitsplätze mit Zeitarbeitern besetzt werden, welche Zeitarbeitsfirmen zum Zuge kommen dürfen und bei Leistungslohn: dass der Lohnunterschied nicht zu groß wird. Wo Betriebsräte stark sind, sollten sie natürlich gleiche Bezahlung durchsetzen.

JUGEND

Gegen Rechtsextremismus

► »Wir machen uns strafbar« war eine Parole auf der 20. Jugendkonferenz der IG Metall Ende Januar im Bildungszentrum Sprockhövel. Sinn der Sache: ein durchgestrichenes Hakenkreuz sichtbar tragen, um gegen Rechtsextremismus zu demonstrieren. Das war im vergangenen Herbst vom Stuttgarter Landgericht unter Strafe gestellt worden. Ein Händler, der

entsprechende Anstecker und T-Shirts anbot, war zu einer Geldbuße verurteilt worden. Auf der Jugendkonferenz konnten die Teilnehmer »Gesicht zeigen« und sich mit dem durchgestrichenen Symbol fotografieren lassen. Fotos sind im Internet zu finden: www.jugend.igmetall.de Im Internet gibt es auch Informationen über die Konferenz.

Hintergrundinfos zum Urteil über das Tragen des durchgestrichenen Hakenkreuzes: www.dagegenbleiben.de

Große Koalition will weniger Selbstverwaltung

Mit der geplanten Gesundheitsreform sollen auch die Möglichkeiten der Selbstverwaltungen eingeschränkt werden. Die Folgen für die Versicherten wären gravierend. Der Referentenentwurf des so genannten »GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz« (GKV-WSG) sieht auch Einschnitte in die Strukturen des Gesundheitswesens vor. So ist geplant, die acht Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen (AOK-Bundesverband, BKK-Bundesverband, IKK-Bundes-

»Erklärung« der IG Metall-Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter in der Gesetzlichen Krankenversicherung zur Gesundheitsreform (Auszug):

► »Wir sind der Überzeugung, dass das solidarische System der gesetzlichen Krankenversicherung gestärkt und zukunftsfest gemacht werden muss ... Unser Ziel ist eine solidarische Bürgerversicherung, in der die notwendigen Leistungen (...) unter paritätischer Beteiligung der Arbeitgeber finanziert wird.«

verband, See-Krankenkasse, Knappschaft, Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen, Verband der Angestellten-Krankenkassen, Arbeiter-Ersatzkassenverband) weitgehend ihrer Funktionen zu berauben. Sie sollen durch einen Bundesdachverband ersetzt werden, der unter direkter Aufsicht des Bundesministeriums für Gesundheit steht.

»Kalte Entmachtung«

Auf diese Weise werden auch die Selbstverwaltungen der jeweiligen Kassen gekappt: Sie verlieren das Recht, die Beiträge festzulegen, können keine Qualitätsstandards mehr definieren und keine Verträge mit Leistungsanbietern aushandeln. Kein Wunder, dass Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter in den Krankenkassen-Spitzenverbänden die Reform als »kalte Entmachtung« der Selbstverwaltung empfinden. »Eine vergleichbare gesetzlich festgeschriebene Machtkonzentration mit Einfluss auf ein Umsatzvolumen von rund 150 Milliarden Euro gibt es aus guten Gründen in keinem anderen Wirtschaftssektor«, hat die Arbeitge-

meinschaft der Spitzenverbände analysiert. Angeblich soll die neue Struktur den Wettbewerb fördern. Tatsächlich geht es Schwarz-Rot wohl eher darum, die Macht in Berlin zu konzentrieren. Auch, weil die Selbstverwaltungen in der Vergangenheit nicht immer und nicht überall nach der Pfeife der Regierenden getanzt haben.

So scheiterten die von Regierungsseite vorgesehenen Einsparungen bei Medikamenten am Widerstand der Selbstverwalter – weil sie die Anzahl »schwer chronisch Kranker« höher einstufte als erwartet; statt 2 Prozent brauchen diese Patienten höchstens ein Prozent ihrer Bruttoeinnahmen für Medikamente auszugeben.

Interessen werden geschwächt

»Nicht alles, was politisch für gut befunden wird, ist auch gut für die Versicherten«, haben die Spitzenverbände das Reformvorhaben folglich kritisiert, »eine Organisationsreform, die starke und selbstständige Verbände abschaffen und durch einen zentralen Dachverband ersetzen möchte, schwächt letztlich auch die Interessen der 70 Millionen Versicherten.«

► Mehr Infos zur Selbstverwaltung gibt es im extranet.igmetall.de

► Themen

► Soziales

► Sozialversicherung

INTERVIEW

»Als würde einem Betrieb die Finanzhoheit entzogen«

Ludwig Huber, Sekretär in der IG Metall Bezirksleitung München und Verwaltungsratsvorsitzender der Gmünder Ersatzkasse, über die Selbstverwaltung:

direkt: Schwarz-Rot will die Selbstverwaltung (SV) der Kassen beschneiden. Ist die SV veraltet?

Huber: Die Selbstverwaltung stellt gerade heute ein wichtiges Bindeglied zwischen Versicherten und Krankenkassen dar. Sie ist basisnah und kann eigenständige Entscheidungen treffen, ein Beispiel aktiver Bürgerbeteiligung.

direkt: Die Bundesregierung will künftig selber über die Budgets der Kassen entscheiden ...

Huber: ... das ist so, als würde einem Betrieb die Entscheidungsbe-

fugnis über seine Finanzen entzogen. Am Beispiel der Rentenversicherung kann man nachvollziehen, wohin das führt.

direkt: Wieso?

Huber: Die Höhe der Rentenbeiträge wird vom Staat festgelegt. Die sind zwar stabil geblieben, aber es hat 3 Jahre hintereinander keine Rentenerhöhungen gegeben, real sind die Renten also gesunken. Die zusätzliche Riesterrente zur Aufstockung der Rente wird ausschließlich von den Arbeitnehmern finanziert. Diesen Weg will die Bundesregierung offenbar auch in der Krankenversicherung gehen. Sie will eine staatlich regulierte Krankenversicherung, da steht die Selbstverwaltung nur im Weg.

direkt: So funktioniert die Kran-

kenversicherung auch in England...

Huber: Ja, dort werden Versicherte ab einem bestimmten Alter von den Kassen nicht mehr voll versorgt. Engländer, die es sich leisten können, gehen daher zur medizinischen Versorgung ins Ausland.

direkt: Wie würde sich weniger Selbstverwaltung für die Versicherten auswirken?

Huber: Auf alle Fälle wird es schwieriger werden, neue Leistungsbereiche zu definieren, etwa alternative oder vorbeugende Heilmethoden. Den Kassen vor Ort wird künftig nur die Möglichkeit bleiben, den Versicherten über so genannte Zusatzbeiträge mehr Geld abzunehmen oder die Leistungen einzuschränken.

► Der Funktionsbereich Sozialpolitik der IG Metall veröffentlicht in unregelmäßigen Abständen einen Selbstverwaltungs-Newsletter. Bestellungen an Agnes Stoffels (agnes.stoffels@igmetall.de).

Investivlohn ist Arbeitnehmerentgelt, das nicht als »Barlohn« ausbezahlt wird, sondern als Kapitalbeteiligung entweder im eigenen Betrieb angelegt wird, zum Bei-

... Investivlohn

»Teilhabe am Wohlstand« durch »Beteiligung an der Wertsteigerung des Kapitals« – so begründet Bundeskanzlerin Angela Merkel ihr Engagement für einen Investivlohn. Die CDU preist ihn als Modell, um die wachsende Kluft zwischen Gewinnen und Arbeitnehmerentgelten zu verringern. Skeptiker sehen darin eher den Versuch, Firmen zu billigerem Eigenkapital zu verhelfen und Lohnerhöhungen zu begrenzen.

spiel über Belegschaftsaktien, oder in einem überbetrieblichen Vermögensfonds. Ein Investivlohn ist also keine Gewinnbeteiligung, bei der ein Teil des ausgezahlten Entgelts an die Entwicklung der Unternehmenserträge gekoppelt ist (Prämien, Einmalzahlungen).

Bei den Investivlohnmodellen wird in der Regel davon ausgegangen, dass der Beschäftigte seinen Anteil erst mit dem Ausscheiden aus dem Unternehmen oder der Rente zurückerhält. So wird er in der SPD zurzeit als eine Möglichkeit diskutiert, die Altersversorgung zu verbessern.

Befürworter sehen folgende Vorteile für die Unternehmen: Motivation, Produktivität und Identifikation der Beschäftigten mit ihrem Betrieb werden gestärkt – und ihre »Bereitschaft für eine längerfristi-

ge Lohnzurückhaltung«. Skeptiker halten sie für Arbeitnehmer wirtschaftlich für wenig interessant:

► Sie verzichten auf Lohn gegen ein vages Versprechen auf künftige Kapitaleinkommen.

► Sie müssen zwangsweise in ein bestimmtes Unternehmen oder einen bestimmten Fonds investieren, auch wenn es auf dem Kapitalmarkt bessere Anlagen gibt.

► Eine Kapitalbeteiligung macht nur Sinn, wenn sie jederzeit verkauft werden kann. Das ist aber nur bei börsennotierten Aktiengesellschaften der Fall.

► Statt Verlustrisiken zu streuen, verdoppelt der Arbeitnehmer sie, wenn er in den Betrieb, in dem er arbeitet, auch noch einen Teil seines Einkommens investiert. Bei einer Insolvenz verliere er alles.

► Bei einigen Rechtsformen kann der Arbeitnehmer nicht nur sein Vermögen verlieren, sondern muss auch für Verluste des Unternehmens haften.

► Die Beschäftigten tragen das unternehmerische Risiko mit, haben aber keinen Einfluss auf die Unternehmensentscheidungen.

► Einkommensschwachen fehlt Geld für notwendige Ausgaben.

Vorrang hat für die Gewerkschaften hat darum die Beteiligung an Unternehmensergebnissen über Lohnerhöhungen im Rahmen von Tarifverhandlungen. Dabei können Beschäftigte, die Geld zum Anlegen übrig haben, selber entscheiden, ob und wo sie es anlegen wollen.

Die IG Metall hält auch **Gewinnbeteiligungen** für eine begrüßenswerte Form der Mitarbeitermotivation. Vorausgesetzt, sie werden zusätzlich zum Tarifentgelt gezahlt (»on top«) und nicht an Stelle des Tarifentgelts oder einer Tarifierhöhung.

Eine **Kapitalbeteiligung** als »Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand« hält die IG Metall dagegen nicht für sinnvoll. Das gilt besonders dann, wenn der Investivlohn nicht **freiwillig** und **zusätzlich zum Tariflohn** gewährt wird und nicht gegen Insolvenz geschützt ist. Wegen der Risiken eignet er sich auch nicht zur Altersvorsorge.

Die IG Metall sieht in Investivlöhnen vor allem keinen Weg, um Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen. Sie sind kein Ersatz für gerechte Löhne und eine gerechte Steuer- und Sozialpolitik.

STUDIE

Gute Lehre, guter Job

In der Hitliste der Berufe hat sich im letzten Vierteljahrhundert wenig geändert. Kfz-Instandsetzer, Elektromonteur, Maschinenschlosser und Bürokraft sind die Lieblinge der Männer. Die Frauen entscheiden sich für eine Lehre als Bürofachkraft, Sprechstundenhelferin oder Verkäuferin. Friseurin wollen nur noch 5 Prozent werden (früher 10 Prozent).

Die Studie im Internet: www.iab.de

Etwa ein Fünftel der jungen Menschen, die eine Ausbildung beendet haben, arbeiten später in einem anderen Beruf. Das analysierte das Bundesinstitut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in einer 25 Jahre umfassenden Langzeitstudie. Unter den Berufswechslern sind 26 Prozent Männer, aber nur 16 Prozent junge Frauen. Grund für den Umstieg ist in den meisten Fällen, dass die Ausgelernten nicht übernommen wurden und arbeitslos werden. Das ist besonders häufig in Ausbildungsberufen zu beobachten, die nur 2 Lehrjahre umfassen. Das Risiko, »unterwertig« zu arbeiten und auch weniger zu verdienen, wächst, je weiter der aktuell ausgeübte Beruf von dem ursprünglich erlernten entfernt ist, stellten die Experten fest.

AUSBILDUNG

Gegen »Lehre light«

Hin und her geht es in der Debatte über eine Modernisierung der Ausbildung. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) wollen an einer 3-jährigen Ausbildungszeit festhalten, möchten aber eine gemeinsame Grundausbildung für ähnliche Berufe einführen. Die Arbeitgeberverbände dagegen wollen den Betrieben selbst erlauben, bereits nach 2 Jahren eine Abschlussprüfung vorzunehmen.

Die IG Metall wehrt sich ebenso wie andere Gewerkschaften nach wie vor gegen alle Pläne für eine »Ausbildung light«. Ihre Absolventen müssten damit rechnen, dauerhaft in niedrigeren Tarifgruppen zu bleiben als junge Berufstätige, die eine 3-jährige Ausbildungszeit hinter sich haben.

METALLRENTE

Hohes Wachstum

Die Metallrente boomt. Erneut verbucht das Versorgungswerk der Metall- und Elektroindustrie hohe Zuwachsraten. Die Metallrente konnte im vergangenen Jahr 39674 neue Verträge in der zusätzlichen Altersvorsorge bilanzieren und hat ihr Vorjahresergebnis damit fast verdoppelt.

»Wir haben 2006 unsere führende Stellung unter den Versorgungswerken Deutschlands mit nun bald 200 000 Bestandsverträgen nachdrücklich untermauert«, freut sich Metallrente-Geschäftsführer Heribert Karch über das Ergebnis. Dem Versorgungswerk haben sich bereits fast 11 000 Unternehmen angeschlossen. »Damit haben wir die Grenzen der tarifvertraglichen Landschaft weit überschritten«, kommentiert Karch die Position des Versorgungswerks.



ARBEIT UND RECHT

PFLEGEVERSICHERUNG

Rentner können Beiträge alleine zahlen

Es ist nicht verfassungswidrig, dass Rentnerinnen und Rentner den Beitrag zur Pflegeversicherung jetzt allein tragen müssen. Bis Ende März 2004 hatten sie die Hälfte von der Rentenversicherung als Zuschuss erhalten.

Zwar sind die Ansprüche der Rentner als Eigentum geschützt. Aber die Entscheidung der Rentenversicherung, die Hälfte der Pflegebeiträge nicht mehr zu übernehmen, ist keine verfassungswidrige Enteignung, sondern eine zulässige Beschränkung des Eigentums. Die Neuregelung verstößt auch nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz. Rentner dürfen bei der Frage, wer die Pflegebeiträge zahlen muss, anders als Arbeitnehmer behandelt werden.

BSG vom 29. November 2006 – B 12 P 2/06 R

ARBEITSLÖSENGELD

Keine Sperrzeit wegen Aufhebungsvertrags

Hatte ein Arbeitnehmer einen wichtigen Grund, einen Aufhebungsvertrag zu unterschreiben, darf die Agentur für Arbeit keine Sperrzeit beim Arbeitslosengeld verhängen. Im konkreten Fall hatte eine Firma im Zuge einer Neustrukturierung Personal abgebaut. Davon war auch ein Lagerarbeiter betroffen. Er willigte in einen Aufhebungsvertrag ein und erhielt als Ausgleich 10 000 Euro.

Daraufhin sperrte die Arbeitsagentur 12 Wochen lang das Arbeitslosengeld. Doch dazu hatte sie kein Recht. Denn dem Arbeiter hätte andernfalls eine sozial gerechtfertigte betriebsbedingte Kündigung gedroht, gegen die er sich nicht arbeitsrechtlich hätte wehren können. Darum hatte er das legitime Interesse, sich mittels Aufhebungsvertrag zumindest eine Abfindung zu sichern. Das Interesse der Arbeitsagentur, die Arbeitgeberkündigung abzuwarten, war nicht gleichwertig anzusehen.

BSG vom 12. Juli 2006 – B 11a AL 47/05 R

BETRIEBLICHE ÜBUNG

Unterschiedliche Anforderungen

Unter einer betrieblichen Übung wird die regelmäßige Wiederholung bestimmter Leistungen des Arbeitgebers verstanden, aus denen die Arbeitnehmer schließen können, dass sie sie auf Dauer erhalten. Daraus entstehen individuelle Ansprüche, die nur durch eine neue Vereinbarung mit allen Arbeitnehmern, durch Änderungskündigungen oder durch eine Betriebsvereinbarung abgeschafft werden. Es ist auch möglich, Ansprüche aus einer Betriebsübung durch eine neue zu beseitigen. In diesem Fall müssen die Arbeitnehmer die Änderung über einen längeren Zeitraum wiederholt widerspruchslos hingenommen haben. Bei einer Leistung, die einmal im Jahr gewährt wird, entsteht eine betriebliche Übung in der Regel dann, wenn sie 3 Mal erbracht wurde (ohne den Vorbehalt der Freiwilligkeit). Und sie erlischt, wenn sie 3 Mal hintereinander nicht erbracht wurde. Bei monatlichen Leistungen sind höhere Anforderungen daran zu stellen, wie lange und wie oft sie gewährt wurden. Hierzu hat das Bundesarbeitsgericht aber noch keine Faustformel entwickelt.

BAG vom 28. Juni 2006 – 10 AZR 385/05

KÜNDIGUNG

Altersstruktur gegen reine Sozialauswahl

Eine ausgewogene Altersstruktur erhalten zu wollen, kann bei betriebsbedingten Kündigungen einer Auswahl nach sozialen Gesichtspunkten entgegenstehen. Ein berechtigtes betriebliches Bedürfnis am Erhalt einer ausgewogenen Altersstruktur kann besonders dann bestehen, wenn bei Massenentlassungen die Gefahr besteht, dass es durch eine Auswahl allein nach sozialen Gesichtspunkten zu erheblichen Verschiebungen in der Altersstruktur kommt, die im betrieblichen Interesse nicht hinnehmbar sind.

BAG vom 6. Juli 2006 – 2 AZR 442/05

Arbeitnehmerorientierte Beratung in Krisenfällen!

- ISA CONSULT bietet bundesweit betriebswirtschaftliche Beratung für Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften an.
- ISA CONSULT
 - ...analysiert die Pläne der Unternehmensleitung und entwickelt Alternativkonzepte zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.
 - ...agiert als externer Sachverständiger auf Basis der §§ 80.3 bzw. 111 BetrVG.
 - ...erstellt wirtschaftliche Gutachten beim Umgang mit abweichenden Tarifverträgen.
- Fachliches Know-how, Beteiligungs- und Beschäftigungsorientierung und eine hohe Branchenkompetenz sind unsere Erfolgsfaktoren.
- Weitere Schwerpunkte unserer Beratungsarbeit sind:
 - Krisenmanagement
 - Strategieberatung
 - Organisationsberatung
 - Diversity Management/ Gender Mainstreaming
- ISA CONSULT
Seit über 15 Jahren der kompetente Partner an der Seite der Beschäftigten!

ISA CONSULT
INNOVATION • STRUKTURPOLITIK • ARBEIT

Das gewerkschaftliche Beratungsunternehmen

Kontakt

Frank Stodolka
Alleestraße 80
44793 Bochum
Telefon: +49(0)234/9132-0
Telefax: +49(0)234/9132-102
E-Mail: fstodolka@isa-consult.de

TERMINE

1. März

Die IG Metall lädt zu einem Seminar »**Elterngeld**« in die Vorstandsverwaltung Frankfurt ein. Es wendet sich an Personalverantwortliche und Betriebsräte, die mit dem neuen Gesetz umgehen. Die Veranstaltung fällt unter § 37.6 BetrVG. Teilnahmegebühren werden nicht erhoben. Anmeldung möglich per E-Mail an: renate.hau@igmetall.de

STUDIUM

Ihren 72. Studiengang für Funktionärinnen und Funktionäre der IG Metall bietet die **Akademie der Arbeit** an. Das »Studium ohne Abitur« läuft vom Oktober 2007 bis August 2008. Bewerbungsschluss ist der 28. Februar 2007. Infos im Internet: <http://extranet.igmetall.de> Auskunft beim IG Metall-Vorstand: Ulrike Obermayr 069/6693-2193.

BÜCHER

► **Ein »ABC zum Neoliberalismus«?** Warum nicht *des*? Die ungewöhnliche Grammatik hat ihren Sinn: Die Autoren legen kein neutrales Lexikon der neomodischen Begriffe vor, sondern suchen die kritische Auseinandersetzung mit den Inhalten. Untersucht wird, wie Armut und Reichtum, Flexibilität, Demografie, Innovation und andere Stichwörter besetzt werden. Die Analysen stammen von verschiedenen Experten, die eines eint: Sie wollen verhindern, dass die Bürger sich vom »Schönsprech« der Neoliberalen »einlullen« lassen. Aufklärung über deren Absichten und Hintergründe – hier ist sie.
Hans-Jürgen Urban (Herausgeber): »ABC zum Neoliberalismus«. Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung im VSA-Verlag. 14,80 Euro.

ZITATE

»Ich will mich nicht in die Tarifverhandlungen einmischen, aber wo die Wirtschaft spürbar wächst, sollte es auch spürbare Lohnerhöhungen geben«

Edmund Stoiber, CSU, bayerischer Ministerpräsident

»Junge Menschen müssen die Gelegenheit haben, nicht nur erfolgreich, sondern auch reich zu werden«

Hasso Plattner, SAP-Mitbegründer und -Aufsichtsratschef

INGENIEURE

► **Um die Ausbildung von Ingenieuren** und die Akkreditierung neuer Studiengänge geht es bei einem Netzwerktreffen von Gutachtern, Experten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern am 22. und 23. Februar 2007. Anmelden unter: abf@abfev.de Weitere Informationen gibt es bei bernd.kassebaum@igmetall.de

MATERIAL

► **Integration von Migrantinnen und Migranten:** Es gibt eine neue Studie aus dem Archiv »Betrieblicher Vereinbarungen« der Hans-Böckler-Stiftung. Sie hat die Praxis von 8 Unternehmen und Verwaltungen unter die Lupe genommen, die Vereinbarungen gegen Diskriminierung haben.

R. Kecskes (mit M. Dälken und L. Monz): »Integration und partnerschaftliches Verhalten«. Bund-Verlag, 9,90 Euro. Online-Shop: www.boeckler.de

► **betriebsvereinbarungen**

► **Zeugnissprache:** Der DGB-Rechtsschutz hat einen Info-Flyer zum Thema »Arbeitszeugnis« herausgegeben. Der Flyer erklärt die gängigen Formulierungen und Fragen rund um das Arbeitszeugnis. Download unter: www.dgbrechtschutz.de

► **Service**

► **Informationsmaterial**

PERSONALIEN

Werner Schreiber, langjähriger Hauptkassierer der IG Metall, starb am 15. Dezember kurz vor der Vollendung seines 57. Lebensjahres. Der gelernte Industriekaufmann Schreiber stammte aus Witten und kam 1975 als Gewerkschaftssekretär in die Verwaltungsstelle Gelsenkirchen. 1985 wurde er zum Ersten Bevollmächtigten gewählt. Drei Jahre später ging er als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall nach Frankfurt und hatte bis 1996 das Amt des Hauptkassierers inne. Von 1996 bis zu seinem Tod war Werner Schreiber Verwaltungsleiter der Kritischen Akademie in Inzell.



Cartoon: Harm Bengen

MESSEN

► **Bonus für IG Metall-Mitglieder:** Wer Mitglied in der IG Metall ist, kann sich freuen: Zu den beiden großen Messen in Hannover, der Computermesse **Cebit** und der **Hannover Messe**, haben Mitglieder freien Eintritt. Und sparen damit eine Menge Geld. Im Vorverkauf kostet das Cebit-Ticket 33 Euro, der Eintritt für die Hannover Messe 21 Euro. Computer-Fans treffen sich vom **15. bis 21. März** auf der Cebit. Die Hannover Messe öffnet für alle Technik-Interessierten ihre Tore vom **16. bis 20. April**. Auf den beiden Messen ist die IG Metall mit einem Info-Stand vertreten. Dort gibt es Informationen über Angebote der IG Metall und ein Programm mit Vorträgen und Fachgesprächen.

Die Karten für beide Messen können ab Mitte Februar in allen Verwaltungsstellen der IG Metall bestellt werden.